

Gewerkschaftstag 2017 des dbb beamtenbund und tarifunion

Antrag Nr. 48

Antragsteller: Bundeshauptvorstand des dbb

Antragbetreff: Positionen des dbb in der Finanz- und Steuerpolitik

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Finanz- und Steuerpolitik ist ein zentrales Feld staatlichen Handelns. Eine solide Finanz- und Steuerpolitik ist das Fundament, um einen finanziell handlungsfähigen Staat zu gewährleisten. Denn nur so kann auch eine für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands unabdingbare Infrastrukturpolitik gewährleistet werden. Aus diesen Gründen hält der dbb beamtenbund und tarifunion es für erforderlich, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die in den letzten Jahren stattgefundene erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es einen verfestigten Sockel von Langzeitarbeitslosen gibt. Noch immer ist das Segment des Niedriglohnbereichs in Deutschland im europäischen Vergleich relativ hoch. Diese Tatsache ist für ein reiches und hochentwickeltes Land wie Deutschland nicht hinnehmbar. Zudem stellt die Flüchtlingsmigration Deutschland vor neue Aufgaben. Die Integration von Menschen kann nur mit intensiver Sprachförderung und gezielter (Berufs-)Ausbildung gelingen. Außerdem müssen ausreichend Wohnraum und adäquate Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Hier stehen öffentlicher Dienst und die Privatwirtschaft vor großen Herausforderungen. Klar muss sein, dass der öffentliche Dienst nur effektiv arbeiten kann, wenn er personell und materiell besser ausgestattet wird.

Dies gilt insbesondere deswegen, weil Deutschland mit seinem gut funktionierenden öffentlichen Dienst dafür Sorge tragen kann, dass die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft gegeben sind. Der öffentliche Dienst garantiert, dass ein funktionierendes – wenn auch verbesserungswürdiges – Steuersystem Einnahmen generiert, die u. a. zur Ausbildung und Bildung der Bevölkerung verwendet werden können. Darüber hinaus können stetige Einnahmen dafür sorgen, dass die Infrastruktur wie etwa ein funktionierendes Straßennetz vom öffentlichen Dienst bereitgestellt werden kann. Eine verlässliche staatliche Infrastruktur ist für eine entwickelte Volkswirtschaft unabdingbar. Weiterhin ist ein verlässliches und willkürfreies Steuersystem neben einem guten Rechtssystem per se ein Standortvorteil.

Globalisierung

Aufgrund der zunehmenden Globalisierung, d. h. der Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften durch die „Wanderungsfreiheit“ von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital, wird eine nationale Wirtschafts- und Steuerpolitik teilweise überlagert. Der internationale Wettbewerbsdruck auf Unternehmen, wie auch auf die Staaten, nimmt zu, gleichwohl bietet die Globalisierung insbesondere der exportorientierten deutschen Wirtschaft erhebliche Chancen; der Staat muss dabei soziale Mindeststandards für seine Bürger garantieren. Es ist auch nicht auszuschließen, dass es zukünftig zu Handelskrisen kommt. Die Diskussion um Freihandelsabkommen bzw. um drohende Zölle und Handelsbeschränkungen muss von einem exportorientierten und stark arbeitsteiligen Wirtschaftssystem ernst genommen werden.

Verschuldung

Die Schuldenlast aller öffentlichen Haushalte hat sich seit Anfang der 90er Jahre nahezu vervierfacht. Lag die Verschuldung 1950 noch bei zehn Mrd. Euro, so stieg sie kontinuierlich auf 536 Mrd. Euro im Jahr 1990. Erstmals im Jahr 2010 überstieg sie die Zwei-Billionen-Euro-Grenze. Aktuell ist die Haushaltslage insgesamt als positiv anzusehen. Im Bund und in vielen Länderhaushalten ist 2016 zumindest eine „schwarze Null“ vorzuweisen. Der Bund schließt seinen Haushalt bereits seit 2014 positiv, d. h. ohne Nettokreditaufnahme, ab. Neben dem geringen Zinsniveau haben die hohen Steuereinnahmen einen Anteil daran: Mit rund 289 Milliarden Euro nahm der Bund 2016 rund 2,6 Prozent mehr Steuern ein als im Vorjahr. Bei den Bundesländern betrug das Plus sogar 7,7 Prozent, damit stiegen die Einnahmen der Länder auf 288,6 Milliarden Euro. Der Bund will auch mittelfristig laut Finanzplan an dieser Praxis festhalten und bis 2020 jedes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Das niedrige Zinsniveau auf den Kapitalmärkten, welches für Europa im Wesentlichen auf die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückzuführen ist, gilt neben den Steuereinnahmen als weiterer Garant der Haushaltsüberschüsse. Allerdings ist nicht vor auszusehen, wie lange diese Politik noch beibehalten werden kann. Bei steigenden Inflationsraten ist bei gleichzeitig anhaltender Niedrigzinspolitik insbesondere mit zusätzlichen Problemen bei der Altersversorgung zu rechnen. Dann zeigen sich vermehrt die negativen Begleiterscheinungen einer solchen Politik. Real könnten dann Vermögen und Gehälter an Wert verlieren. Dies ist nicht zuletzt für die vielfach von der Politik geforderte private Altersvorsorge ein Problem.

Haushalte

Nach Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion müssen energische Schritte unternommen werden, um das Problem der Altschulden in den Griff zu bekommen. Die eingeführte Schuldenbremse hilft bestenfalls, die Aufnahme weiterer Schulden zu begrenzen, die derzeitigen Belastungen der Haushalte durch Zinszahlungen werden nicht vermindert. Bei einem möglichen Anstieg des Zinsniveaus in Zukunft würden diese Belastungen, die momentan keine große Rolle spielen, wieder deutlicher zu Tage treten und die Spielräume einer funktionierenden (Haushalts-)Politik einschränken. Der dbb hält die Schuldenbremse insoweit für problematisch, als insbesondere die Länder, die einen wesentlichen Teil der Infrastrukturmaßnahmen tätigen, in ihren Handlungsoptionen zu stark eingeschränkt werden könnten.

Abbau der Altschulden

Ziel einer verantwortungsvollen Politik muss es nach Auffassung des dbb beamtenbund und tarifunion sein, die Defizite zurückzufahren, um nicht Schulden, sondern sinnvolle Zukunftsentscheidungen zu finanzieren. Deshalb fordert der dbb eine wirk-same Politik gegen die Altschuldenproblematik, da diese die gegenwärtige Generation und zukünftige Generationen gleichermaßen belastet. Die Herstellung der Handlungs-fähigkeit des Staates muss prioritäres Ziel politischen Handelns sein, um die Zukunfts-fähigkeit Deutschlands zu verbessern. Die Schuldenprobleme in Europa, aber auch in der Welt zeigen nachdrücklich, dass eine fortgesetzte Schuldenpolitik nicht funktionie-ren kann. Der dbb fordert daher ein Programm zum Abbau der Altschulden.

Steuerrecht

Das deutsche Steuerrecht, insbesondere das Einkommensteuerrecht, ist noch immer zu kompliziert und unübersichtlich. Dies führt zu Steuerungerechtigkeiten, -hinter-ziehungen, -vermeidungen und zu unternehmerischen Umgestaltungen zur Abwehr von Steuerpflichten. Die Steuerreformen der vergangenen Jahre haben die Ungleich-heit eher verstärkt, denn aufgehoben. Der Grundgedanke des deutschen Steuersys-tems – die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – ist nicht im notwendigen Maße gewährleistet.

In Bezug auf die Besteuerung von Kapitaleinkünften sieht der dbb beamtenbund und tarifunion eine Bevorzugung dieser Art von Einkünften. Mit der Einführung der sog. Abgeltungsteuer in 2009 werden die über den Sparerpauschbetrag hinausgehenden Einkünfte pauschal mit 25 Prozent besteuert, zuzüglich Solidaritätszuschlag und even-tuell zuzüglich Kirchensteuer. Die Begründung der Einführung der Abgeltungsteuer überzeugt nicht, da der Steueranspruch mit Hilfe einer elektronischen Übermittlung der Jahressteuerbescheinigung systemgerecht hätte sichergestellt werden können. Die Bevorzugung einer Einkunftsart gegenüber den sechs anderen ist nach Meinung des dbb nicht mit den Grundsätzen der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu vereinbaren. Unverständlich bleibt auch, dass Einkünfte aus Arbeit in der Spitze mit 42 plus drei Prozent und Einkünfte aus Vermögen definitiv mit 25 Prozent besteuert werden. Posi-tiv zu bewerten ist die Tatsache, dass Steuerhinterziehung weiter erschwert wurde. Nicht erst mit dem Auftauchen der sog. „Panama-Papers“ hat die Politik Schritte un-ternommen, um Steuerhinterziehung einzudämmen. Im Hinblick auf die Möglichkei-ten großer Konzerne Steuerzahlungen zu vermeiden ist aber noch viel zu tun. Hier bie-tet sich allerdings ein internationaler Rahmen an. Zumindest an dieser Stelle sollte die Europäische Union mit einer Stimme sprechen. Eine effektive Verbesserung kann nur durch vermehrte Zusammenarbeit erreicht werden.

Auch das Umsatzsteuerrecht ist weiterhin reformbedürftig, immer noch besteht die Möglichkeit des Umsatzsteuerbetruges, Schätzungen gehen von einem Schaden in der Größenordnung von 15 Mrd. Euro im Jahr aus. Zudem ist das System der unterschiedli-chen Steuersätze intransparent und nicht mehr nachvollziehbar. Die mit dem ermäßig-ten Umsatzsteuersatz verfolgte soziale Lenkungswirkung sollte bei Bedarf eher über direkte Transfers ihre beabsichtigte Wirkung entfalten, da hierdurch das Umsatzsteu-errecht überfrachtet und dessen Handhabung erschwert wird. Finanzämter und Un-ternehmen könnten durch eine grundlegende Reform wesentlich entlastet werden, dies wäre zusätzlich ein wesentlicher Beitrag zum vielfach postulierten Bürokratieab-bau. Die in Zukunft geplanten Änderungen im deutschen Steuerrecht, u. a. die Novel-

lierung der Grundsteuer, und der vermehrte europäische bzw. weltweite Abgleich von Steuerdaten führen zu einem zusätzlichen Stellenbedarf. Schon jetzt arbeiten die Finanzbehörden an der Kapazitätsgrenze. Für die zukünftige Aufgabenbewältigung und zur Wahrung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung müssen die Finanzbehörden personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Die Besteuerung der Erbschaften in Deutschland ist inzwischen auf Druck des Bundesverfassungsgerichts neu geregelt worden. Ob der gefundene Minimalkompromiss Bestand haben wird, ist zweifelhaft.

Gerechtes Steuersystem und Europa

Damit der Staat die gesellschaftlich notwendigen und politisch gewollten Aufgaben erfüllen kann, muss die Steuerbasis nachhaltig gestärkt werden. Zugleich muss das deutsche Steuersystem an den durch die Globalisierung ausgelösten rasanten Wandel in der Welt angepasst werden. Dies bedeutet nicht, dass sich Deutschland in einen fortwährenden Steuersenkungswettbewerb um die niedrigsten Steuersätze begeben sollte. Insbesondere gilt dies für neue Herausforderungen, wie sie sich beispielsweise aus dem „Brexit“ Großbritanniens ergeben.

In Europa ist vielmehr darauf zu drängen, dass nicht einzelne Staaten mit Steuerdumpingmaßnahmen einen Steuersenkungswettbewerb nach unten in Gang setzen. Bei Problemen in der Finanzwelt müssen gerade diese Länder mit Krediten und Garantien vor der Insolvenz bewahrt werden. Es ist nötig, ein Konzept zu entwickeln, mit dem ein effektives, leicht verständliches Steuersystem geschaffen wird, das hinreichende Einnahmen generiert, um eine leistungsfähige Infrastruktur (z. B. Rechtssicherheit, Verkehrswege) bereitzustellen. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern angesichts der tiefgreifenden Schuldenproblematik für die gesamte Europäische Union.

Begründung:

Gegebenenfalls mündlich